

mit Zeichnungsstermin vom 8. und 4. August, zunächst für Kriegszwecke nur 120 Millionen Mark, gleich 300 Millionen Mark. Die Verzinsung lautet, wie heute, auf 5 pZt.; die Ausgabe sollte zum Kurse von 88 für das Hundert geschehen (heute 97,50 oder bei Sperre bis zum 15. April 97,30). Obwohl die Preussische Bank, um das Risiko möglichst abzusichern, im letzten Augenblick noch 5 Millionen Mark der Anleihe übernahm und die Gemeindeforderungen wies, wie ja heute auch, in die Preissektionen, blieb die erste Zusammenstellung bei 68 Millionen Mark, gleich 344 Millionen Mark; nur wenig über die Hälfte war gebotet. Heute ist die Zeichnung eine so unermesslich reiche, daß die ursprünglich angelegten Emissionen der württembergischen (40 pZt. des zugeleiteten Betragens am 5. Oktober, 30 pZt. am 26. Oktober, 30 pZt. am 23. November) zum Teil weiter hinausgeschoben werden konnten; nach der ersten Rate von 40 pZt. am 5. Oktober beantragt die württembergische 20 pZt. bis 22. September, 25. November und die restlichen 20 pZt. bis 22. September entrichtet zu werden; nur für die Beträge bis 1.000 ein schließlich ist der 5. Oktober der Vollzahlungszeit gegeben.

Die Umstich und das Urteil der entscheidenden Kräfte, vor allem der Reichsversammlung, haben sich auch bei dieser Gelegenheit bewährt. Eine so frühe Finanzmaßnahme der vom Reichstage bewilligten Kriegskredite wäre auf einen anfangs vollkommen desorganisierten, von den ersten Panikfällen noch schwer erschütterten Markt gewesen. Können doch bis zur Stunde die deutschen Werten noch nicht an ihre Wiedereröffnung denken, weil vorläufig auf eine ruhige, gleichmäßige Beschleunigung von Angebot und Nachfrage, frei von plötzlichen Störungen der Kriegsgeldumschläge und einer abnorm erregten öffentlichen Meinung, noch immer nicht zu hoffen ist, und weil unvorteilhaft, allgemein weithin sichtbare Ausschreitungen von einem neuen Herd der allseitigen Verunsicherung bilden würden. Andererseits galt es, nicht allzu lange zu zögern, weil später, unter dem Nachlassen der großen ersten Siegesbegeisterung, sehr leicht eine gewisse Stimmungsernüchterung eintreten kann, von der allmählichen Ermüdung der überanstrengten wirtschaftlichen Kräfte ganz abgesehen.

Nach allen persönlichen Beobachtungen und Presse-mitteilungen ist kaum zu bezweifeln, daß die weitesten Kreise ihre Spargelder und kleinen Geldspare dem Reiche nach Willigkeit zur Verfügung gestellt haben. In diesem Sinne handelte es sich in der Bormoos auf eine Wollsaule, wie sie noch niemals aufgebracht wurde. Und weiter um einen Triumph ihrer wirtschaftlichen Organisationsfähigkeit, die aus kleinen Zeilsummen und zerstreuten großen Kraftauspfeisierungen zu entwickeln weiß und die sich gerade in Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten außerordentlich vervollkommnet hat. Die während der deutschen Sparzeiten werden auf etwa 19 bis 20 Milliarden beziffert. Das Vermögen der großen Arbeitgeberorganisationen im Jahre 1912 gibt die Reichsstatistik an: für die Krankenkassen auf 302,4 Millionen Mark, für die Unfallversicherung auf 583,8 Millionen, für die Invaliden- und seit 1912 Altersrentenversicherung auf 1999 Millionen Mark. Die Lebensversicherungsgesellschaften verfügen über annähernd 5 Milliarden Mark Vermögen. Daran reihen sich die genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen, die schloffen anderen freien oder gesetzlichen Vereinsbildungen. Sie alle haben, soweit der Kriegszustand ihre finanziellen Kräfte nicht in anderer Weise erschöpfte, der Reichsanleihe zu ihrem überausreichen Erfolge verholfen.

Dieser stellt sich am besten her, wenn man die Gesamtsumme der Zeichnungen und der einseitigen französischen Kriegsenfchädigung vergleicht, die für ihre Zeit das höchste ist, das ein Großstaat noch ertragen konnte. Frankreich gabte nach seinen Niederlagen von 1870-71 5 Milliarden Mark an Deutschland. Zug kamen noch, für spätere Schuldung, 30,4 Millionen Franz Zinsen und rund 260 Millionen deutsche Kriegsausgaben, davon 200 Millionen von Paris. Der Gesamtbetrag stellte sich auf 4450 Millionen Mark, wovon jedoch 260 Millionen in Abzug kamen, und zwar für die abgetretenen französischen Eisenbahnen in den fünfzig deutschen Reichslanden Elsaß-Lothringens. Es blieben also rund 4200 Millionen Mark, die allmählich bis zum Jahre 1873 in Zeitungen, überwiegend in Noten und Wechseln, seitens Frankreichs bezogen wurden. Derselbe Summe bringt jetzt ein Volk binnen weniger Wochen in Bargeld oder dem Baupfad rechtlich gleichstehenden öffentlichen Zahlungsmitteln auf.

Daß der Zinsfuß für ein in schwere Kämpfe verwickeltes Gemeinwesen und für eine reine Kriegsanleihe sehr ungünstig höher ist, steht ein Vergleich mit anderen Ländern, deren Geldmarkt augenblicklich nur von den internationalen Wirtschaftskrisen beunruhigt ist. Die Stadt Newyork sah sich beispielsweise gleichzeitig gezwungen, für die Einlösung fälliger alter Schulden (dieses eine neue Anleihe aufzunehmen. Noch Anfangs dieses Jahres war es der Stadt gelungen, Fonds auf einer dreizehntausendprozentigen Grundlage zu 102,10 pZt. unterzubringen. Die neuen 100 Millionen Dollar (400 Millionen Mark) vermag Newyork nur durch ein, zwei- und dreifache Zinsänderung von 6 pZt. Zinsen aufzutreiben (57 Millionen Dollar mit einjähriger Laufzeit, 18 Millionen mit zwei- und 25 Millionen mit dreijähriger Laufzeit). Die wirtschaftliche Stellung Deutschlands zeigt sich also nach dieser Richtung als eine hervorragende feste und günstige. Max Schippel.

Die Lüge als Kriegswaffe.

Nach einem alten Sprichwort wird niemals mehr gelogen als während eines Krieges und nach einer Jagd. Die sogenannten Jagdgegichten bedürfen nun die Interessen der Allgemeinheit sehr wenig, sie können höchstens im Kreise der Stammesbrüder Verhöhnung hervorruhen, wenn das Jägerlein überhand nimmt. Anders ist es jedoch mit den Kriegslügen. Diese können in jeder Beziehung schweren Schaden anrichten, nicht nur für den Gegner, sondern unter Umständen auch für die eigene Kriegspartei. Um so mehr muß man deshalb darüber staunen, daß die Gegner Deutschlands und Oesterreich-Ungarns in dem gegenwärtig tobenden Weltkriege die offizielle Lüge zu einer sehr viel angewendeten Kriegswaffe erhoben haben.

Deutschlands Gegner begannen ihre Missionen mit einem Lügenfeldzug und haben diese Art bisher getreulich beibehalten. Das beweist zwar, daß sie die große Waffe der eigenen und bei Millionen Menschen mit den unimmigsten Meldungen auch richtig einschätzten. Wer Gelingen zu sehen, der mußte zu dem Ergebnis kommen, daß man im Ausland vielfach den Wüßmännigen dadurch das Leben sichert, daß man sie in Zeitungsredaktionen macht. Ein Neuyorker Blatt berichtete unter anderem folgenden Unfuss aus einer Schachtel bei Wilschhausen: „Solange das Gewehrfeuer dauerte, hielten die Deutschen einigermaßen stand, aber unter den französischen Bajonettablagen brachen sie zusammen.“ Nun ist richtig, daß die deutschen Truppen nach der Schlacht sehr viele Wagenladungen von französischen Gewehren und Bajonetten sammelten; aber diese sind mit dem Schj ebenfalls nicht gemeint. Allem Anschein nach glaubt die Redaktion des Blattes, daß man Bajonetten aus Kanonen schiesset.

Wahrscheinlich Unfuss wurde in Laupfen von fällen verbreitet, doch ist sehr nicht die Zeit dazu, auf diese alle einzugehen. Die größte Lüge aber heften die Deutschen den Gegnern aus, als sie erklärten, sie kämpften für die Freiheit der Völker, für die Demokratie, für Kultur und Zivilisation. Wenn auch diese Behauptung, soweit sie auf den angeblichen Kampfwort ist, nur Fohn und Spott bei uns auslöst, so kann doch nicht bestritten werden, daß sich auch bei uns Leute fanden, die auf Englands und Frankreichs Worte von der Demokratie ohne weiteres hineinfelen. Im neutralen Ausland waren natürlich alle Journalisten davon überzeugt, daß Russland, England, Frankreich, Japan, Serbien, Belgien und Monaco es im Falle des Sieges als ihre erste Aufgabe betrachten würden, in Deutschland und Oesterreich-Ungarn die Demokratie einzuführen. Wir haben schon mitgeteilt, in wie unqualifizierbarer Weise zum großen Teil die Arbeiterpresse des neutralen Auslandes über die deutschen Truppen geschrieben hat, wie sie die deutsche und österreichische Sozialdemokratie heruntersachte, weil diese nicht als Bundesgenosse der gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn kämpfender Staaten auftritt. Diese Gesichts beweist uns, daß diese ausländischen Parteijournalisten auf der Gesichts nichts gelernt haben und auch nichts lernen wollen. Sonst hätten sie sich sagen müssen, daß alle gegen uns kämpfenden Nationen noch sehr viel Ursache haben, bei sich selbst für Freiheit und Demokratie zu sorgen. Wir behaupten, daß die vier hauptsächlichsten Vorteile, die von den Sozialisten in der Hinsicht bei sich selbst mindestens nicht so viel Arbeit haben, daß sie sich vorzüglich um Deutschland nicht zu bemühen brauchen. Mancher Leser wird annehmen, daß doch zum wenigsten Frankreich und England demokratische Länder seien. Wir werden in den nachfolgenden Zeilen kurz den geschichtlichen Nachweis bringen, wie wenig dies der Fall ist. Wir gehen dabei von dem in der Politik geltenden Grundsatz aus: Man soll dem Gegner nicht auf das Maul, sondern auf die Fäuste schlagen!

Beginnen wir mit Russland. In diesem von mehr als 160 Millionen Menschen bewohnten Riesenzich sind nur 72 pZt. der Einwohnerzahl Russen; wenn man jedoch die Ukraine als besondere Nation betrachtet, so sind es nur 45 pZt., die auf die Bezeichnung „Russen“ Anspruch machen können. Russland ist im Laufe von sechs Jahrhunderten durch Eroberung von dem Großfürstentum Moskau aus über ganz Osteuropa und Nord- und Zentralasien ausgebreitet worden. In diesem Nord mußten jedoch die Großfürsten von Moskau zunächst die beiden verwandten Völker der Kleinrussen oder Ukrainer und der Weißrussen unterwerfen. Von da an hat Russland ganz zielbewußt alle Nachbarvölker unterjocht, so daß zurzeit circa 130 nicht-russische Nationen das Unglück der russischen „Freiheit“ genießen. In dem riesigen Reiche entfallen auf den Quadratkilometer Fläche nicht ganz sieben Einwohner. Da jedoch einzelne Teile des Reiches verhältnismäßig dicht besiedelt sind (z. B. entfallen in Polen und Südrussland durchschnittlich 25 bis 72 Einwohner auf den Quadratkilometer), so ergibt sich, daß in Russland noch ungeheure Strecken unbesiedelten Landes vorhanden sein müssen. Selbst wenn man die sehr großen waldreichen und unbewohnten Flächen in Betracht zieht, bleibt als Ergebnis doch, daß mindestens die doppelte Einwohnerzahl des europäischen und asiatischen Russland im europäischen Russland kultiviert werden könnte.

Bei rationeller Kultur könnte das europäische Russland die Kornkammer Westeuropas sein. Wir sehen aber, daß aus diesem dünn besiedelten Lande alljährlich rund eine Million Menschen zeitweilig oder dauernd auswandern, also vor der russischen Freiheit flüchten, weil ihnen ihre Heimat keine Nahrung bietet. Trotzdem sehen wir aber auch,

daß die herrschenden Gewalten in Russland ständig auf neuen Landberaub aus sind. Um Siedlungscolonien zu schaffen, ist dieser Land nicht nötig, denn zurzeit könnte Russland selbst noch 500 bis 600 Millionen Menschen zur Niederlassung bieten. Um der Industrie und dem Handel Absatzgebiete zu schaffen, dazu ist es ebenfalls unnötig, denn bis jetzt verdrängen beide nicht entfernt den russischen Markt zu befriedigen. Es bleibt also nur die ungebändigte Herrschaft der maßgebenden Mächte und die Sucht nach persönlicher Bereicherung bei einigen hohen Beamten als Ursache dieser Landjagd übrig. Bei allen russischen Eroberungskriegen ist es in diesem Lande des Absolutismus natürlich niemand eingefallen, das Volk um seine Meinung zu fragen. Daß Russland die Polen, Finnen, Esten, Litauer, Letten, Rumänen, Mordwinen, Karakoren, Kurden, Osteten, Bulgaren, Georgier, Osseten, Tschetschen, Perser, Afghanen, Araber, Armenier, Chinesen, Burjaten, Mordwinen, Scheremissen, Kasachen, Kirgisen, Kamtschatken und die vielen anderen Nationen ihrer völkischen Freiheit beraubte, scheint für die jetzigen Freunde unserer Gegner eine unbedeutliche Lastsache zu sein. Ebenso unbedeutlich scheint ihnen die Lastfrage zu sein, daß kein Volk der Erde weniger demokratisch regiert wird als das russische.

Vor wenigen Jahren noch wurde dem russischen Volk in Italien das Ausreisen angebrocht von Leuten, die uns in der jetzigen Zeit so viel Material zumuten, aus empfangen. Das einzige Volk, das heute in Russland über geringe Freiheiten verfügt, sind die Juden. Diese sind im Frieden freigezogen und gehen im Krieg die Freiheit, ungehindert rauben, brennen und töten zu dürfen. Demokratie gab es einstmals im russischen Reich, der Dorfgemeinde. Aber im heutigen offiziellen Russland ist die Demokratie ein unbekannter Begriff; denn selbst die Duma, das russische Reichsparlament, ist weniger als ein Freigenosse des Absolutismus in der abschreckendsten Form. Nicht einmal die persönliche Immunität der Abgeordneten gibt es in diesem Lande, in dem jeder dörrartige Beamte zu jeder beliebigen Stunde einen ihm mißliebigen Bürger durch administrative Verhinderung, das heißt ohne Gerichtsverhandlung, beseitigen kann. Wer in den russischen Programmen die Bringer von Freiheit und Demokratie sieht, der kann ebenbürtig in Wolf eine Waidloch erblicken.

Unser Verband und die Bautätigkeit unter dem Kriegszustand.

Nachstehend führen wir mit der Berücksichtigung der aus unsern Zweigvereinen eingegangenen Berichte fort. Obwohl der „Grundstein“ diesmal auch selten fast erscheint, können wir auch in dieser Nummer nur einen Teil der vorliegenden Berichte veröffentlichten. Das geschieht wieder in der Reihenfolge ihres Eintrages.

Zweigtverein Lübeck.
In Lübeck ist die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe schon eine alte Erscheinung. Wenn früher Lübeck oftmals sehr stark unter dem N-irrom der Arbeitslosigkeit zu leiden hatte, machen heute die reichenden Kollegen einen großen Vogen um Lübeck, weil sie sicher sind, ihrer keine Arbeit zu bekommen. Die Arbeitslosigkeit droht nun schon seit sechs Jahren gefährlich. Die Folge ist Wohnungs-mangel (hauptächlich in Arbeiterwohnungen). Nach Angabe des Statistischen Amtes in Lübeck sind nur 1 pZt. leerstehende Wohnungen vorhanden, also 2 pZt. weniger als der Normalfall. Die Bauwirtschaft der letzten Jahre ertrug sich hauptsächlich auf städtische Arbeiter; diese sind im Laufe dieses Jahres fertig geworden, so daß zurzeit keine 100 Kollegen bei städtischen Arbeitern beschäftigt sind. Es schien, als wenn zum Herbst die private Bautätigkeit etwas aufleben würde; aber der Krieg hat mit einem Schlage alles puffereende Leben zum Ende gemacht. Mehrere Bauleiter, hauptsächlich solche, wo der Bauherr oder Unternehmer einbezogen ist, reichen genügend.

Wie ist nun diese Arbeitslosigkeit zu mildern? Es sind noch einige städtische Bauleiter in Lübeck, z. B. des Statistisches, die Baukosten und die Gehirnmittelbeurteilung; aber Lübeck's Bauleiter müssen langsam, so daß wenig Aussicht vorhanden ist, daß diese Bauten bald in Angriff genommen werden. Ein großbürgerlicher Bau (Kaiser-Waldhaus), ein Geschenk des Millionärs Senator Hoffert, sollte schon vorigen Herbst in Angriff genommen werden; der Baugrund, der von Stadt geschenkt ist, liegt vor dem Dampfschiff der Stadt verrotten und verfallen. So mancher Bauarbeiter schon fast vollständig nach dem W-ak und fragt sich: warum werden die Bauleiter nicht in Angriff genommen? Ein Welt-mitteln steht es doch überaus nicht; aber unsere Behörden scheinen sich ihrer Verantwortlichkeit den arbeitslosen Bauarbeitern gegenüber nicht wohl bewusst zu sein. Es sind einige Arbeitslose (Erdarbeiten) in Angriff genommen, wo circa 200 Arbeitslose beschäftigt sind; auch bei der Straßenreinigung ist die Arbeitzeit verfürzt worden; aber bei der großen Zahl Arbeitsloser reicht das lange nicht aus. Die Arbeitslosigkeit verdrängt die größte Not zu lindern; aber unsere Kollegen sind mit Arbeit mehr gebietet als mit mildtätigen Gaben. Auch müssen wir dringend protestieren, daß man den Gewerkschaftsmitteln, die der Not geordnet die Unterbrechung der Kriegswaffen-Anspruch nehmen, die Verbotsuntersuchung zur Hilfe anrechtet.

Der Vorstand des Zweigtvereins konnte sich auch auf den Vorstand des Arbeitsgewerkschafts mit dem Auftr.

die Arbeitszeit zu verkürzen, und, wo dies nicht möglich sei, den sechsständigen Schichtwechsel einzuführen. Eine Antwort haben wir darauf nicht bekommen; aber haben wir die Arbeitszeit verkürzt; und Arbeiter wäre aber besser gebietet, wenn etwas Einseitiges durchgeführt wäre. Die Stimmung unjener Mitglieder ist gut, wenn auch wegen der ungewissen Zukunft etwas gedrückt. Einige Mitglieder sind ja immer vorhanden, denen die Unterstützung zu wenig wird sich legen; es ist keine Zeit zum Wägeln, sondern nur fortwährendes Handeln kann uns über diese schwere Zeit hinwegführen. Einmal wurde ich einfließen über die Unterstützung an die Beitragszahlung. Das ist erklärlich, weil bei uns die Warenlieferung erst am 1. Februar beginnen konnte. Wir hielten es für besser, wenn neue Mitglieder ausgegeben und die Beitragszahlung auf bestimmte Monate festgelegt wurde, dann würde den Beitragsamtern und Verwaltungen viel Mühe und Verdruß erspart. — Nun noch ein paar Worte zur Mitgliederbewegung. Am Schluß des zweiten Vierteljahres hatte der Zweigverein 1089 Mitglieder. Dazu kamen im dritten Vierteljahr 23, der Abgang betrug 288; dann haben sich 251 Kollegen zum 31. März abgemeldet, so daß der Mitgliederstand jetzt 814 beträgt. Von diesen waren in der Berichtsdauer 141 arbeitslos und 12 krank. Schwere finanzielle Opfer werden der Verbandslasse auferlegt, um unsere Kollegen vor der bittersten Not zu schützen; wenn aber alle in Arbeit stehenden Kollegen sich ihrer Pflicht den Arbeitslosen gegenüber bewußt sind, werden wir auch diese Schwierigkeiten zu überwinden wissen.

Zweigverein Halle a. d. S.

Die Bauaktivität war in unserem Zweigverein schon vor Ausbruch des Krieges nicht gut, ist aber jetzt noch erheblich schlechter geworden. Besonders liegt die private Wohnungsbauunternehmung. Eine ganze Reihe von privaten Wohnungsbauunternehmungen sind halbtierig liegen geblieben; in einigen weniger Fällen wegen Materialmangels, hauptsächlich aber infolge des eingetretenen Geldmangels. In der Woche vor Ausbruch des Krieges waren 108 Kollegen arbeitslos, hingegen jetzt 312 Kollegen. In ansehnlicherer Weise hat die hiesige Stadterhaltung eingegriffen, um ein weiteres Umsinken der Arbeitslosigkeit zu verhüten. Alle städtischen Bauten werden weitergeführt und neue Arbeiten in Angriff genommen. Des Weiteren hat die Stadt seit dem 15. September eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt, die zwar weit hinter unsere Wünsche zurückbleibt, aber immerhin zur Bänderung der Not etwas beiträgt. Ungefähr 100 Kollegen haben in anderen Bereichen Arbeit gefunden. Es besteht aber keine Aussicht, noch mehr anderweitig unterzubringen, da hier in fast allen Bereichen eine große Arbeitslosigkeit herrscht. Das Verschaffen der Unterneher ist durchwegs mühsam. Zur Vermittlung von Arbeitsstellen sind sie, sobald Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, stets bereit. Einige Unternehmen haben eine Verkürzung der Arbeitszeit unternehmen, um Entlassungen zu vermeiden. Vertragsverletzungen sind bis jetzt noch nicht vorgekommen. Die Stimmung unjener Mitglieder ist im allgemeinen gut. Die große Wehrkraft der Kollegen hat die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation erkannt, und das Wort „Solidarität“ ist für sie kein leeres Schall. Wenn sich auch einige wenige Kollegen weigern, Beiträge zu zahlen, ist doch im allgemeinen die Beitragszahlung gut. Die Mitglieder des Zweigvereins betrug vor Ausbruch des Krieges 2408, 743 Kollegen sind zum Militär einberufen (haben sich 698 verbeiratet), so daß jetzt noch 1750 Mitglieder vorhanden sind.

Zweigverein Chemnitz

Das Chemnitzer Baugewerbe ist schon seit den 70er Jahren zu einem bedeutenden Teil auf Ausländer angewiesen. Seit Jahren sind in den Sommermonaten die Mehrzahl unserer Mitglieder Ausländer. In den Wintermonaten werden sie zur Winterzeit, weil in normalen Zeiten von den reichlich 5000 Mitgliedern des Zweigvereins im Winter 2000 Mitglieder in die (meist ausländische) Heimat ziehen. Deshalb war früher die Arbeitslosigkeit im Chemnitzer Baugewerbe fast unbekannt. Die Zahl der Arbeitskräfte nahm fast automatisch ab, wenn die Arbeitsgelegenheit knapp wurde. Seit einigen Jahren fangen die Bauarbeiter an, im Chemnitz schlechter zu werden, und so kehrt hier, wie in anderen Orten, im Winter regelmäßig die Arbeitslosigkeit ein. In den letzten Jahren hatte Chemnitz eine glänzende Bauaktivität. Mit dem Ausbruch des Balkankrieges und der damit verbundenen Mobilisation in Österreich wurde aber die Arbeitslosigkeit aufs äußerste schlechter. Obwohl seitens einer ganzen Anzahl unserer Mitglieder zum Militär wurde, nahm die Arbeitslosigkeit hier einen bedeutenden Umfang an. Erst Mitte Mai dieses Jahres bestellte sich die Bauaktivität in Chemnitz wieder. Im Juli trat schon allenthalben ein Mangel an Arbeitskräften ein, und es war mit einer sehr guten Bauaktivität für die nächsten Monate zu rechnen. Die Mitgliederzahl unjeres Zweigvereins stieg auf eine vorher noch nie erreichte Höhe.

Am 15. Juli hatten wir 6400 Mitglieder. Da kam der Krieg, und mit einem Schlage änderten sich die Verhältnisse. Als Österreich mobilisierte, verließen die Bauarbeiter Chemnitz massenhaft. Viele Kollegen glaubten, wenn recht viele Ausländer von Chemnitz abziehen, gäbe es erst recht Arbeit für die einheimischen Bauarbeiter. Es trat aber sofort das Gegenteil ein. Viele Bauten wurden eingestellt, weil entweder der Unternehmer oder seine Hofiere oder auch die Wehrkraft der Bauarbeiter nach

Österreich abziehen mußten. Hunderte von arbeitslosen Bauarbeitern gab es in Chemnitz schon in der letzten Zeit. Der Krieg legte dann zunächst das Baugewerbe gründlich lahm. Es fehlte besonders an Sand, und da der wichtigste Baumaterial auch nicht heranschaffen. In der ersten Kriegswoge hatten höchstens noch 1000 Bauarbeiter Arbeit. Am 10. August hatten wir schon 2000 Mitglieder weniger, am 20. August 2900 und heute 3150. Als zum Militär eingezogen konnten wir am 13. September 1914 Kollegen angeben. In Wirklichkeit sind es viel mehr, da bei einer sehr großen Zahl österreichischer Kollegen nicht festgestellt ist, ob sie eingezogen sind. Sie sind in Erwartung der Einberufung, bevor sie Orden hatten, nach Hause gereist, um nochmals mit den Angehörigen in Verbindung zu kommen.

In den ersten 14 Tagen der Kriegszeit herrschte in unserm Zweigverein ein solches Durcheinander, daß von einer genauen Kontrolle keine Rede sein konnte. Die Kollegen meldeten sich nicht ab, sie kamen nicht zur Kontrolle, sie zahlten auch keine Beiträge mehr, weil fast alle arbeitslos, von einer Verbandsmäßigkeit keine während des Krieges keine Rede mehr sein. Da auch der „Grundstein“ ausblieb, wurden viele in ihrer uralten Meinung bestärkt. Langsam hat sich dann nach erfolgter Aufführung die Befürzung gelegt und die Verunnt hat bei den allermeisten wieder die Oberhand bekommen. Seit drei Wochen werden die Beiträge wieder regelmäßig bezahlt; auf den Bauten bemühen sich die einheimischen Kollegen, wieder Ordnung zu schaffen. Die Bauaktivität ist wieder besser geworden, und von Woche zu Woche sinkt die Zahl der Arbeitslosen. Mancher werden mehr begehrt als Hilfsarbeiter, die vielfach bezahlt werden durch Hocharbeiter, die in sehr großer Zahl arbeitslos sind. Dadurch war es uns auch möglich, in den Kriegswochen über 100 Neuaufnahmen zu machen, zu denen tagtäglich noch mehr kommen. Zur Festigung der Organisation lassen wir die Einzelunternehmervereinigungen alle zwei Wochen stattdessen heraus, damit unsere Kollegen immer auf dem laufenden bleiben. Jeder gibt es noch einige Elemente in der Organisation, die es bei jeder Zeit für angebracht halten, allerhand Niederträchtigkeiten und Verleumdungen auszustreuen. In der ersten Zeit war ein großer Teil der Verbandskollegen über die getroffenen Maßnahmen des Verbandsvorstandes sehr erregt; jetzt können wir aber behaupten, daß wenigstens der größere Teil der Kollegen die Wichtigkeit der getroffenen Maßnahmen anerkennt und für ihre Befolgung eintritt.

Es nun die begonnene Besserung der Bauaktivität lange anhielt, ist fraglich. Die Wehrkraft der in Betrieb befindlichen Arbeiter sind städtische und staatliche Bauten. So wird an allen Katernbauten und an den Gebäuden, die als Logareien in Frage kommen, stot gearbeitet. In welchem Umfange in Chemnitz weitere staatliche Bauten zur Ausführung gelangen werden, ist noch nicht bekannt. Die Stadtgemeinde hat zwar eine ganze Reihe Bauten geplant, die auch ausgeführt werden könnten, wenn das Bedürfnis allein entscheidend wäre. Aber Chemnitz ist eine arme Arbeiterstadt, und da sind die Mittel knapp, vor allem dann, wenn noch für andere Bedürfnisse Geld beschafft werden muß. Einige Arbeiter werden noch in Angriff genommen werden, aber doch nicht in dem Umfang, daß eine nennenswerte Besserung des Baumarztes erfolgen wird. Eine Anzahl Bauten sind als Notstandsarbeiten begonnen worden; dabei werden ungefähr 1000 Arbeitskräfte wenig Bauarbeiter sind. Bei diesen Notstandsarbeiten wird ein Stundenlohn von 20 Pf für Ledige und 36 Pf für Verheiratete gezahlt. Die Notstandsarbeiten sind in Afford an die Chemnitzer Tiefbauunternehmer vergeben worden, die sich verpflichten mußten, den festgesetzten Lohn zu zahlen. Die Löhnlisten sind allwöchentlich auf dem Rathaus abzugeben. Wenn die von den Unternehmern gezahlte Lohnsumme den vereinbarten Prozentsatz übersteigt, wird der Restbetrag aus dem Stadtkasse gedeckt; im umgekehrten Falle hat der Unternehmer den überhöfenden Teil als Profit. Bei den Unternehmern herrscht für dieses System keine Begeisterung. Die Stadt läßt sich aber auf nichts anderes ein. Wir glauben erst, durch diese Art der Vergütung von Arbeiten an die Unternehmer alle Kontrolle zu verlieren und unser Tarifverhältnis zu gefährden. Die Unternehmer haben aber nach einer Verhandlung mit uns erklärt, daß sie den Vertrag halten und bei allen Notstandsarbeiten streng bestehen werden.

Zur Verkürzung der Arbeitszeit, um mehr Bauarbeiter in Beschäftigung zu bringen, ist von uns noch nichts unternommen worden, da eine dringende Notwendigkeit hierzu noch nicht vorlag. Wenn aber die Arbeitsgelegenheit wieder knapp wird, werden wir uns mit den Unternehmern zu verständigen suchen. Einige Unternehmer haben versucht, die Löhne der Arbeiter auszumunnen und den Lohn zu kürzen. Anerkannt muß aber werden, daß der Arbeitgeberverband seine Mitglieder erfolgreich zur strengen Beachtung des Tarifs aufgefordert hat. Wo in der Stadt der Tarif im höchsten Grade überbrochen wurde, konnten wir keine Anerkennung wieder erreichen. An zwei Stellen haben wir mit Erfolg beim Ouerbegehrt gefordert. In dem Zusammenhang waren einige Unternehmer nicht zur Verantwortung gezogen. Einige Unternehmer haben versucht, die Löhne zu kürzen, hier half auch die Genugthuung durch den Arbeitgeberverband nicht. Einige Tiefbaufirmen, die sich schon in feindlichen Zeiten um den Tarif herumgedreht haben, sind jetzt in ihrem Element; sie haben die Löhne bedeutend gesenkt. Da es

sich um staatliche Arbeiten handelt, ist es möglich, daß mehrere Beschwerden bei den zuständigen Instanzen Erfolg haben werden. Die Behandlung der Kollegen auf manchen Arbeitsstellen ist recht schlimm geworden. Die Kollegen werden angegriffen und von den Kollegen beschimpft; sie wagen auch keinen energischen Widerstand gegen diese Behandlung. Auf einem großen Bau, wo circa 200 Arbeiter beschäftigt waren, rief den Kollegen aber die Schuld; sie legten einmütig die Arbeit nieder. Nach dreitägigem Streik versprach die Firma die Abschaffung der Strafmäße, und die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Einige gemäßigte Kollegen werden wieder eingestellt.

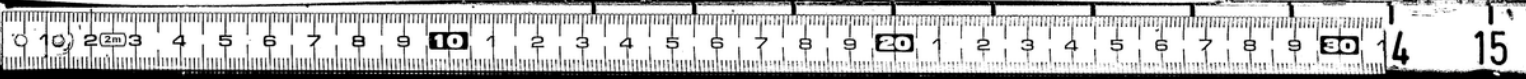
Wehen den Notstandsarbeiten hat die Stadt noch eine Arbeitslosenunterstützung während der Kriegszeit eingeführt. Es erhalten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wenn sie hier ihren Unterhaltungsbedarf haben, einen städtischen Zuschuß zur Gewerkschaftunterstützung. Dieser beträgt für Verheiratete M 3 und für Ledige M 1,80 pro Woche. Die Unorganisierten und die nicht unterstützungsberechtigten Gewerkschaftler erhalten ebenfalls Unterstützung, und zwar verheiratete männliche Gewerkschaftler bis M 2, weibliche bis M 2,70 pro Woche und ledige Gewerkschaftler bis M 4 pro Woche. Für jedes Kind werden M 2,70 pro Woche gezahlt. Die Kinderunterstützung ist für die Gewerkschaftler noch nicht vorgesehen, so daß diese Art der Unterstützung wie eine Prämie für die Unorganisierten aussieht. Das soll allerdings nicht so sein, sondern die Unterstützung der Organisierten soll grundsätzlich höher sein als die der Unorganisierten. Ob die Praxis das bei den geltenden Bestimmungen bringen wird, ist noch nicht erwiesen.

Zweigverein Wöfen

Wir hatten schon in der ersten Kriegswoge 112 arbeitslose Kollegen, weil bereits in den ersten Mobilisierungslagen eine Anzahl Bauten stillgelegt wurden. In der zweiten Woche hätte sich die Zahl der Arbeitslosen auf 200 erhöht, wenn nicht die Kommandantur von Wöfen zu militärischen Zwecken viele Arbeiter gebraucht hätte. Bei einzelnen Katernbauten ist bereits in der zweiten Woche mit den notwendigen Ausbauten wieder begonnen worden. Die meisten Privatbauten, ein größerer Kommunal- und der Eisenbahnrekonstruktionsbau sind bis heute noch nicht wieder in Angriff genommen worden. Nur vereinzelte Ausbauten werden fertiggestellt. Trotz dem haben bis jetzt alle unsere Kollegen durch die militärisch notwendigen Arbeiten Beschäftigung. In den letzten Wochen herrschte sogar Mangel an Arbeitskräften, so daß solche aus anderen Orten herangezogen werden mußten. Wir hoffen, daß, wenn diese Arbeiten fertig sind, dann auch sofort mit den Privat-, Kommunal- und Eisenbahnrekonstruktionsbauten wieder begonnen wird, um der dann drohenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Rohrverlegungen oder Vertragsverletzungen durch unsere Unternehmer haben wir bis jetzt nicht feststellen können. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe der Provinz Wöfen erließ am 22. August an seine Mitglieder ein Rundschreiben, in dem es hieß: „Denjenigen von uns, die noch nicht in den Rahmen gerufen wurden und in der Heimat zurückblieben, liegt die heilige Pflicht ob, die Wunden des Krieges heilen zu helfen. Da ist es nicht nur unsere Pflicht, zur Pflege der Verwundeten möglichst reichlich durch freiwillige Gaben beizutragen, sondern auch dafür zu sorgen, daß die Zurückgebliebenen Arbeit und damit Nahrung und Brot für sich und ihre Familien erhalten. Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands ist mit heller Weigerung dem Rufe des Kaisers gefolgt, alle Arbeiterorganisationen, vor allem auch die unjener Bauarbeiter, haben die Mitglieder zur treuen Pflichterfüllung dem Vaterlande gegenüber aufgefordert. Alle Parteien haben aufgehört, viele unjener Mitglieder kämpfen mit ihrem früheren Arbeiter heute Schulter an Schulter, und haben vielschichtig bereits gemeinsam den Feldenden geholfen. Da ist es vaterländische Pflicht, nicht weniger den Soldaten voranzugehen und zu lindern. Wir bitten daher unsere Mitglieder bringen, nicht aus Koffenlosigkeit, angeltlicher Selbstsucht oder ähnlichen Gründen ihre Baubetriebe stillzulegen, sondern die Betriebe, soweit nur irgend möglich, aufrechtzuerhalten. Ist das Angebot von Arbeitskräften sehr groß, so empfehlen wir sogar Halbtagsschichten einzurichten, um möglichst vielen Familien die täglich Brot zu beschaffen. Natürlich dürfen sämtliche Tarifverträge in voller Gültigkeit, kein Arbeiter darf sein Gewissen durch Rohndrücke belasten! Sollte etwa an manchen Orten Arbeitermangel herrschen, so erhitzen wir Mitleidung, damit wir für sofortigen Zugang sorgen können.“

Was die Beitragszahlung unjener Mitglieder anbetrifft, so waren im Anfang der Mobilisierung manche der Meinung, daß sie von nun an keine Beiträge mehr zu zahlen brauchen; andere wollten die Beiträge erst nach dem Siege bezahlen. Durch aufstehende Rundschreiben ist manchen Mißverständnis beseitigt worden, und die einheimischen Kollegen zahlen jetzt ihre Beiträge weiter. Einige Kollegen, die besser zu sehen glaubten, wenn sie jetzt keine Beiträge mehr zahlen, haben wir aus unjener Mitgliederliste gestrichen. Einige sind darauf persönlich zu uns gekommen und haben sich bereit erklärt, die Beiträge von unjerm Zweigverein nachweislich 450 Kollegen zur Baue einzufahren. Davon waren verbeiratet 365 Kollegen mit insgesamt 952 Kindern unter 14 Jahren; ledig waren 85, wovon 41 gebrechliche Eltern oder Geschwister zu ernähren hatten. Diese Zahl wird sich noch erhöhen, weil immer noch Leute eingezogen werden. Von einer Anzahl anständiger und fremder Kollegen wissen wir bis jetzt über-



haupt nicht, ob sie abgereist oder eingezogen worden sind. Ein Teil von ihnen ist sicher zur Fahne einberufen, so daß wir in unserer Zweigverein mit etwa 550 eingezogenen Kollegen rechnen können.

In der neuen Unterfütterung für Arbeitslose während des Krieges hatten unsere Kollegen nichts auszuwarten. Nur den Frauen, deren Männer zur Fahne einberufen worden sind, dauert es zu lange, ehe sie Unterfütterung von uns erhalten. Diese Frauen sind in einer üblen Lage. Während manche Gemeinden für die Familien, deren Ernährer im Felde stehen, sowie für die Arbeitslose auch in den anderen Gemeinden Leistungen etwas Beständliches nicht unternommen werden, obwohl die Arbeitslosigkeit bereits vor der Tür steht. In manchen Gemeinden, wie Luban, Zabolowo, Astowo, Junikowo haben Frauen unserer Kollegen, deren Männer sich im Kriege befinden, bis jetzt nicht einmal die gesetzlich ihnen zustehende Kriegsunterfütterung erhalten, obwohl bei ihnen die Bedürftigkeit nach den Bestimmungen des Gesetzes unzweifelhaft festliegt. Wir haben für die Frauen unserer Mitglieder einen die Bedürfnisse der Lage an die betreffenden Landräte gestellt und hoffen, daß nur die Frauen die ihnen gesetzlich zustehende Kriegsunterfütterung erhalten.

Zweigverein Gödn.

Als die Roblinmadung bekannt wurde, waren hier viele Leute wie aus dem Häuschen. Manche benahmen sich, als hätten die Franzosen schon vor den Mauern, andere sahen entsetzt, verjagten sie, sie auf möglichst lange Zeit zu verprobanisieren. Dieses unvernünftige Verhalten hatte natürlich eine erhebliche Preissteigerung im Gefolge. Kartoffeln, die sonst M 3,50 bis M 4,50 pro Zentner kosteten, stiegen jetzt auf M 10 und M 15. Nicht viel besser ging es mit andern Lebensmitteln. Wenn die Behörden nicht durch Festsetzung der Preise diesem Treiben ein Ziel gesetzt hätten, hätten wir vielleicht, trotzdem Lebensmittel in Fülle und Fülle vorhanden waren, schon in den ersten Tagen des Krieges eine Hungersnot bekommen. Aber nicht genug damit, daß man sich auf Wochen hinaus mit Lebensmitteln zu versehen mußte, sondern auch das Viehwesen, alles Papiergeld abzulösen und das Viehwesen festzuhalten, so daß wir oft kaum imstande waren, unsere Kollegen die Notstandsunterfütterung auszugeben. Zweimal mußten zwei unserer Angestellten halbe Tage lang die Stadt ablaufen, um für M 400 bis M 500 kleines Geld aufzutreiben. Jetzt haben wir jedoch schon längst wieder normale Verhältnisse, und auch die Preise sind, von einigen Ausfällen abgesehen, wieder normal.

Unsere Organisation gliedert sich in den ersten zwei Kriegsjahren einer Maschine, aus der plötzlich eine Anzahl Räder herausgedrungen sind; sie stand still und wollte nicht mehr funktionieren. Da ließ es sich nicht unterlassen, wo es sich, welche Funktionen zur Fahne einberufen waren, damit diese nach Möglichkeit ersetzt werden und so alles wieder in Gang gebracht werden konnte. Um dies festzustellen, verständlich wir am 19. September 159 Stück eines Rundschreibens mit Rückantwort an alle Zweigvereinsfunktionäre. Von 49 Angehörigen kam die Antwort: „Wohlfahrt einberufen!“ Besonders zahlreich waren unsere Hauswirtschaftler eingezogen worden. Vier galt es zunächst, die entlassenen Räder auszufüllen. Da sich unsere Angehörigen und die andern Vorstandsmitglieder zur Verfügung waren die Einnahmen recht gering; denn abgesehen von der mangelhaften Kostierung, waren auch manche Mitglieder der irdigen Auffassung, daß der Krieg das Weitergehen überflüssig mache. Aber allmählich wurde das anders. Um unsere Mitglieder und die Angehörigen der eingezogenen Kollegen über die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse und unsere neuen Unterfütterungseinrichtungen zu unterrichten, verteilten wir ein ausführliches Flugblatt, in dem wir unter andern auch darauf hinwiesen, daß wir unsere Organisation unter allen Umständen auch während des Krieges hochhalten müßten. Sodann wurde eine Sitzung aller Zweigvereinsfunktionäre abgehalten, die von 90 anwesenden Funktionären besucht war. Daran wurden alle wichtigen Fragen besprochen. Darauf wurden in allen Zöglingen und Sektionen Mitgliederversammlungen abgehalten, in denen über unser Unterfütterungswesen gesprochen und Ersatz für die einberufenen Funktionäre gewählt wurde. Heute ist alles wieder ziemlich im Lot. Unser Mitgliederbestand ist auf weniger als die Hälfte zusammengeschmolzen. Am Schlusse des zweiten Kriegsjahres hatten wir 4887 Mitglieder. Davon waren am 18. September nach unsern Feststellungen 1254 zur Fahne einberufen. Dennoch müßten wir jetzt noch 3538 Mitglieder haben; wir hatten aber am 20. August nur noch 2493 Mitglieder, und heute ist die Zahl noch kleiner, weil etwa 150 Kollegen im Auslande Arbeit (Spezifikation) angenommen haben. Die fehlenden 1098 Mitglieder sind zum Teil Ausländer, zum Teil ortsfremde Kollegen, die beim Ausbruch des Krieges in ihre Heimat gereist sind.

Über mangelnde Arbeitsgelegenheit konnten wir im August nicht besonders klagen. Wohl ruhte mit einem Schlage die gesamte Bautätigkeit; da aber Gödn Festungsstadt ist, so boten die Fortifikationsarbeiten wöchentlich einen willkommenen und fast ausreichenden Ersatz. Es waren dies Arbeiten, die zum Teil von den Militärselbst in eigener Regie, zum andern Teil von Unternehmern ausgeführt wurden. Als Lohn gab es bei neunemehrfacher Arbeitszeit in der Regel M 5 pro Tag. Die meisten Unternehmer zahlten die Leistungen in Raten. Eine Ausnahme machten die Firmen Grün & Wilkin-

ger und Brandt aus Düsseldorf, deren Verhalten ja auch in Friedenszeiten nicht einwandfrei ist. Leider sind aber jetzt die Fortifikationsarbeiten im großen und ganzen fertig, und obwohl eine Anzahl Kollegen in Belgien Arbeit gefunden hat, ist die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich mit dem Frieden wieder etwas eingetriggt (Kanalarbeiten und Bahnbau); aber die private Bautätigkeit liegt noch sehr darnieder. Wenn dabei nicht bald eine erhebliche Verbesserung eintritt, dann wird sich wohl die Arbeitslosigkeit in der nächsten Zeit in erschreckendem Maße vergrößern. Wir hatten am 20. August 180 unterfütterungsbedürftige Arbeitslose; in der Woche vom 21. bis 23. September waren es dagegen 850. Diese Zahl wird sich nach Fertigstellung der militärischen Arbeiten erheblich vergrößern, wenn die letzteren kaum zu hoffen. Es wird daher Aufgabe der Arbeitervereine sein, möglichst viele Arbeiter zu beschäftigen, um möglichst vielen Arbeitern Verdienst zu verschaffen, haben wir bis jetzt noch nichts getan. Ob dies geschieht, wird von der Entwicklung der Dinge abhängen. — Über das Verhalten der Unternehmer konnten wir, von den oben genannten Ausnahmen abgesehen, bis jetzt noch nicht klagen. Im Vertragsgeld Arbeitern ausgeführt werden, die unter den Vertrag fallen, da sind auch die Bestimmungen des Vertrages eingehalten worden.

Während die Familien unserer eingezogenen Kollegen wenigstens vor der äußersten Not geschützt sind, kann man das Leben von den Familien unserer arbeitslosen Kollegen nicht sagen. Daher war die Einführung der Notstandsunterfütterung durch unsere Organisation ein zwingendes Bedürfnis. Wenn außerdem die Möglichkeit gegeben wäre, wiederholt für die Familien der eingezogenen Kollegen etwas zu tun, dann würden wir dies mit Freude begrüßen. Aber es ist fast unmöglich, daß dort zunächst geholfen werden muß, wo die Not am größten ist; dies wird vor allem die Arbeitslosen sein. Zum Schluß müßten wir sagen, daß unsere Mitglieder im allgemeinen mit den Maßnahmen des Verbandes zufrieden einverstanden sind. Wohl ist man hier und da der Ansicht, es hätte mehr sein dürfen; aber man berücksichtigt sich auch nicht der Tatsache, daß der Krieg von langer Dauer sein kann, daß die Not mit der Dauer des Krieges nicht kleiner, sondern größer wird, und daß diesem Umfange alle Maßnahmen unseres Verbandes angepaßt sein müssen. Im übrigen hoffen wir bestimmt, daß alle unsere Kollegen, die von der Notwendigkeit, unsere Organisation hochzuhalten, durchdrungen sind, während des Krieges doppelt ihre Pflicht tun werden und daß unser Verband diese ungeheure Belastungsprobe glänzend bestehen wird, so daß er auch in der Zukunft der deutschen Bauarbeiterschaft ein Hort und ein Rückhalt sein kann immerdar.

Mecklenburg.

Über die Verhältnisse in Mecklenburg sendet uns unser Bezirksleiter folgenden Bericht: Die Arbeitsgelegenheit, die bei Beginn des Krieges sehr im Stoden geriet, hat sich in den letzten Wochen wieder etwas gebessert, indem auch in den ländlichen Gebieten die bereits angefangenen Arbeiten wieder fortgesetzt werden. Es scheint aber völlig ausgeschlossen, daß auf dem Lande noch größere Bauten begonnen werden. In Rostock wird die Spekulationsarbeit noch größtenteils, weil die Bauten, die hier hauptsächlich in Frage kommen, keine Gelder bekommen können, um die angefangenen Arbeiten weiterzuführen. Dagegen sind die privaten und städtischen Bauten wieder im Gange. Auch ist auf eine Eingabe an das Ministerium die Arbeit bei den neu zu erbauenden Brücken (zunächst die Auswahlarbeiten) wieder in Angriff genommen worden. In Schwerin ist man dabei, den Brandschaden im Schloß wieder auszubessern. Auch hier ruht die Spekulationsarbeit fast ganz, und die private Bautätigkeit nimmt fast ab. Größere städtische Bauten sind nicht in Aussicht. Güstrow ist noch gut beschäftigt; dort dürfte die Arbeitslosigkeit noch eine Zeitlang nur klein sein.

In den Orten mit Zuckerraffinerien wird es möglich sein, eine Anzahl Kollegen auf längere Zeit unterzubringen, und auch beim Mühlbaugehen werden manche Arbeit finden. Dagegen wird sich in den Gebieten, wo wir keinen Großgrundbesitz haben, wie zum Beispiel in Büßhöfen, Dömitz, Rosowen, Pöcker, Radowitz, Reutitz u. a., nur wenig oder keine Arbeitsgelegenheit in der Landwirtschaft bieten. Die Großgrundbesitzer und die wohlhabendsten städtischen Arbeiter dürften auch nicht durchgehend auf unsere Leute reaktionieren. Gerade man doch den Reuten zur Zeit der Ernte einen Lohn von M 1,50 ohne Kost und auch noch weniger geboten, ganz besonders die reichen Arbeiter. Eine Verärgerung der Arbeitszeit durch Schichtwechsel usw. gibt es bei uns nirgends. Eine solche Maßnahme wird auch jetzt, wo die Tage kürzer werden, zwecklos sein. Lohnfragen sind unserm Wissens bis jetzt nicht vorgekommen. Andere keine Differenzen haben wir in Güte geregelt.

Soweit bekannt, ist der Umbau des Karoliner Hofes in Aussicht genommen. Er sollte bereits zum Herbst dieses Jahres begonnen werden. Auch die Umbauten am Bahnhof zu Schwann infolge der Gelfeuerweiterungen sollen schon jetzt im Gange sein; man hört aber jetzt nichts darüber. Der Ausbau der Bahnstrecke Schwann-Meinen zu einer doppelgleisigen Bahn ist bereits wieder in Angriff genommen. Es kommt dabei nur noch der Oberbau mit den kleineren Bauhilfen in

Betracht. Wahrscheinlich wird auch die Strecke Schwann-Meinen und Klein-Lübeck noch umgebaut werden. Ob im nächsten Jahre auf dem Lande mit größeren Arbeiten zu rechnen ist, darüber ist zurzeit noch gar nichts zu sagen. Wahrscheinlich wird nur das gebaut werden, was ganz dringend notwendig ist.

Zweigverein Karlsruhe.

Die Bautätigkeit in unserm Zweigvereinsgebiet war bis zum Beginn des Krieges gut. Fälle von Arbeitslosigkeit waren selten und dauerten nicht lange. Das war besonders mit dem Bauwesen an Staats- und städtischen Bauten, die mehrere große Bauten, wie Kongresshalle, Ausstellungsgebäude, ferner Straßengebäude mit Kanalisationen und Gas- und Wasserleitungen ausführte, die eine große Anzahl Arbeiter erforderten. Die Militärverwaltung nahm einige größere Kasernenbauten in Angriff, so daß der größte Teil der Bauarbeiter an Staats- und städtischen Bauten beschäftigt werden konnte. Die private Bautätigkeit war unbedeutend, obwohl nur 1,3 pht. leerstehende Wohnungen vorhanden sind. Mit Beginn des Krieges änderte sich diese Sachlage mit einem Schlage. Einzelne Arbeiter wurden zum Meer eingezogen und stellten ihren Betrieb vollständig ein. Die Kasernenbauten wurden einige Zeit stillgelegt und auch die vollendeten städtischen Bauten konnten, weil die Arbeitsmittel zur Beschaffung von Baumaterialien fehlten, nicht in dem notwendigen Umfang weitergeführt werden. Dadurch entstand eine große Arbeitslosigkeit. Inzwischen ist es aber besser geworden, weil Arbeitsmittel freigegeben wurden und insbesondere auch die Stadterhaltung betroffen ist, durch Vergebung neuer Tiefbauarbeiten Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Bei diesen städtischen Bauten sind vor allem städtische Umlagegeber beschäftigt, weil die Stadterhaltung betroffen ist, für die in der Stadt und den Vororten anfallenden Unternehmer und Arbeiter zu sorgen. Mitglieder sind bestial nur noch 25 arbeitslos, in den ländlichen Bezirken dagegen noch 455.

Am Schlusse des zweiten Vierteljahres hatten wir 3435 Mitglieder. Davon sind zum Militär eingezogen 1127; ohne Anmeldung mit Beginn des Krieges beschleunigt sind 433, arbeitslos sind 478 und in Arbeit stehen 1307. Von den in Arbeit stehenden Kollegen ist ungefähr ein Drittel in andern Berufen (Metallpatronenfabrik, Proviantamt usw.) beschäftigt. Von einer allgemeinen Verärgerung der Arbeitszeit hat man bis jetzt Abstand genommen. Bei einzelnen Unternehmern wird zwar 6 bis 30 Stunden pro Woche weniger gearbeitet, aber nur deshalb, weil nicht genügend Material angefangen werden kann. Lediglich werden an Karlsruher städtischen Bauten auch viele Arbeiter in ländlichen Gebieten wohnenden Kollegen beschäftigt. Ihre Zahl wird sich bestimmt noch erhöhen, wenn die in Aussicht genommener Tiefbauarbeiten begonnen werden. Die Stadt Karlsruhe ist also bestial, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Auch sonst hat die Stadt dafür gesorgt, daß die Not nicht überhand nimmt. Es wurde die Entschädigung für die Familien der zum Militär Eingezogenen auf Anrechnung der Stadterhaltung für den Kreis Karlsruhe für die Frau auf M 15, für die beiden ersten Kinder auf je M 10 und für die weiteren Kinder auf je M 8 pro Monat erhöht. Es ist in Aussicht genommen, diese Gänge in der Stadterhaltung zu erhöhen. Ferner hat die Stadterhaltung eine Sammlung zugunsten dieser Familien vorgenommen, von der dann Mietszuschüsse in bar ausbezahlt werden. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln läßt sich die Stadterhaltung seit Beginn des Krieges ebenfalls in hohem Maße angehen sein; dies wird auch in Zukunft geschehen. Für die Arbeitslosen wird eine Unterfütterung von 70 S und für jedes Kind 10 S bezahlt. Diese Unterfütterung sind zwar nicht hoch, helfen aber doch die Not mit lindern. In nächster Zeit wird man sich auch mit der Erhöhung dieser Sätze beschäftigen müssen.

Die hier angeführten Unterfütterungsmaßnahmen der Stadt Karlsruhe können natürlich nur den in Karlsruhe und den Vororten anfallenden Arbeitern und deren Familien zugute, so daß uns die Zukunft der Familien unserer ländlichen Kollegen mit banger Sorge erfüllt. Diese Frauen und Kinder bekommen nichts als ihre Reichentfütterung, die für den Unterhalt einer Familie unzureichend ist. Das hat auch der Baugewerkeverband Karlsruhe eingesehen und in dankenswerter Weise seinen Ratgeber zur Unterfütterung der Familien der zum Militär Eingezogenen zur Verfügung gestellt. Dasselbe haben auch die Baugewerkevereine in Karlsruhe getan. Natürlich wollte ein großer Teil unserer Mitglieder ebenfalls Solidarität üben. In einer Versammlung am 20. August wurde deshalb beschlossen, daß die Kollegen, die in dieser schweren Zeit das Glück haben, arbeiten zu können, einen kleinen Teil ihres Bestandes den Familien ihrer Kollegen zur Verfügung stellen sollen. Es waren für die geleerten Kollegen M 2 und für die Angehörten M 1 pro Woche vorgelesen. Dieser Beschluß wird, weil nicht immer eine volle Woche erledigt werden kann, so durchgeführt, daß jede Woche 5 pht. des verbleibenden Lohnes abgegeben werden. Da auf diese Weise gefamten Gelder werden mit den Geldern der Arbeiter in einer Kasse angelegt, von einer Kommission, bestehend aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern, verwaltet und später, aber nicht vor Anfang November, an die Familien ausbezahlt. Um die Einziehung dieser Beiträge in geordnete Bahnen zu lenken, haben sich die Arbeitgeber bereitwillig, die Kollege der 5 pht. vorzunehmen. Jedoch soll nur den Kollegen der Betrag abge-

deßo besser können sie rechnen, wenn sie in der Stadt ihre Produkte zum Kauf anbieten. Das Organisationsleben läßt viel zu wünschen übrig. Mancher Kollege muß nur so mitgeschleppt werden, während ein Teil jede Pflichterfüllung verweigert. Jetzt braucht man nicht zu sagen, jetzt ist Krieg, sondern: Mancher wieder andere behaupten, das ganze Geld sei kaputt, weil es in England ist (11). Noch Schlawerer wollen bestimmt wissen, daß der Deutsche Kaiser die Kasse mit Beschlag belegt habe, und noch der Core Gesellschaft mehr sind. Daß diese faulen Ausreden nur gebraucht werden, um sich von der Beitragszahlung drücken zu können, ist selbstverständlich. Ein Teil der Kollegen möchte gern das ganze Vermögen des Verbandes den Familien der Kriegsteilnehmer geben. Die Kollegen wollen nicht begreifen, daß es die erste Aufgabe des Verbandes ist, für die Arbeitslosen zu sorgen. An eine noch größere Arbeitslosigkeit wollen sie nicht glauben. Wenn sie nur recht hätten! Es wird aber leider das Gegenteil eintreten. Selbst wenn der Krieg wieder Erntezinsen nicht lange dauern sollte, so ist nach Friedensschluß noch lange nicht an einen besseren Beschäftigung zu denken. Das Gezeir der Arbeitslosen wird dann aber noch größer sein, weil dann die Kriegsteilnehmer wieder in unsere Reihen zurückgekehrt sind. Da wäre es verfehlt, wenn der Verband nicht Vorkehrungen treffen würde. Der Staat führt den Krieg, er muß auch für die Opfer des Krieges sorgen. Für die Arbeitslosen wird von ihm nicht viel zu erwarten sein. Von den Kollegen muß man erwarten, daß sie in dieser schweren Zeit ihre Pflicht tun. Gerade jetzt ist ein eifriges Zusammenarbeiten am notwendigsten.

Zweigverein Düsseldorf.

Wir haben bei einer Baueinsicht festgestellt, daß sich 7 öffentliche Gebäude und 68 Wohnhäuser, von denen 40 im Hochbau fertig sind sowie 2 große gewerbliche Betriebe, wovon 1 gänzlich fertig ist, im Bau befinden. Mit dem Arbeiterverband und den Innungen haben wir wegen Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt. Die Unternehmer waren aber für eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu haben. Dagegen haben wir gemeinsam mit den Innungen einen Antrag in sämtlichen Zeitungen erlassen, in dem die Auftragsgeber des Baugewerbes zur Beschaffung von Arbeit aufgefordert werden. An den Bauleitern der Stadt und der Regierung wird zurzeit gearbeitet, weil sie unter Materialmangel zu leiden haben. Die Stadt Düsseldorf hat auch eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt; sie zahlt 1 pro Tag. Die Kontrolle über die Arbeitsnachweise. Dieser sucht Leute aller Bauarbeiten für Belgien und Nordwestdeutschland; aber man sagt den Leuten nicht, was sie an Lohn erhalten sollen, abgesehen von den Feldarbeitern, die 4,10 erhalten sollen. Eine Firma, die hier den Lohn der Hilfsarbeiter um 10 % kürzen wollte und die dem Arbeiterverband nicht angehört, unterließ dies, als wir vorstellig wurden. — Zum Militär eingezogen sind nach unseren Feststellungen 830 Kollegen. Diese Zahl ändert sich aber jeden Tag; manche kommen heute auf Urlaub und morgen müssen wieder weiche fort. Da auch ein Teil unserer Kassierer eingezogen ist, haben wir in der Zeitung alle Kollegen, die nicht laßfertig werden, aufgefordert, sich im Bureau zu melden. Die Werbung ist aber mangelhaft und die Beitragszahlung läßt viel zu wünschen übrig, am meisten bei den lebigen Kollegen.

Schandtabelle für Unternehmer, die den Krieg zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ausnützen.

Wortf. Erhebliche Lohnkürzungen nahmen die Firmen Enders aus Bremen und Dora aus Bad Oeynhausen. Die Hilfsarbeiter erhalten hier 45 % nur noch 35 %. Unser Ortsverwalter bei Dora vorstellig wurde, erklärte die Frau (ihre Mann war nicht zu finden): Die Hilfsarbeiter, die Ihnen dies verrotten haben, werden heute abend entlassen; pro kommen von der Platzförderer Leute, die um 30 % Lohn kürzen werden. Die Firma Enders hat sofort zwei Maurer entlassen, von denen sie mutmaßlich, daß sie die Angelegenheit der Verwaltung hinterbracht haben.

Aue i. Erzgeb. Die hiesigen Unternehmer haben es annehmend grundsätzlich darauf abgesehen, daß Tarifvertrag mit allen Mitteln zu Fall zu bringen. Die Firma Lederer & Erbsel hat jene Leute ohne weiteres entlassen, die gegen eine Gerabehaltung des Lohnes protestierten. Dem Vertreter unserer Organisation, der die Sache ausführlich vorbrachte, wurde einfach erklärt: „Mögen die Leute jetzt dumm sein, der Bau bleibt stehen.“ — Der Unternehmer Aue i. Erzgeb. hat eine Schulausbauausführung ausführt, hat jene Arbeiter, die nicht mehr länger für einen um 13 % niedrigeren Stundenlohn arbeiten wollten, gleichfalls entlassen. Dem Bürgermeister der Stadt Schwarzenberg, an den sich unsere Zweigvereinstellung wandte, erklärte Aue, daß die Leute, die er beschäftigt habe, alle Sozialisten seien und den Lohn, den sie erhalten hätten, nicht einmal verdienen. Die Landesverwaltung sollte unsere Mitglieder dem Bürgermeister persönlich stellen und dieser mußte dann sofort zugehen, daß es sich um Leute handelte, die alle im Vollbesitz ihrer Kräfte seien, denen er absolut nicht werden konnte, wenn sie sich gegen solche Abzüge zur Wehre setzten. Ein nachmaliges Vorstellwerden bei dem Unternehmer hatte keinen Erfolg. „Ich verstehe was aus Euren Vertrag! Schon um Euch zu ärgern, stelle ich die Leute nicht wieder ein. Meine Leute waren immer zufrieden; nur seit der Zeit, daß Ihr besagten Heizer da seid, sind die Leute unzufrieden. Ich werde den alten Leuten, die sich bis jetzt freiwillig zufrieden gegeben haben, einige Pfennige zulegen, mit den übrigen habe ich nicht mehr zu tun.“ Da der Mann, der auch eine Schneidemühle besitzt, einschließend der Maurer und Zimmerer etwa 100 Arbeiter beschäftigt, macht er durch die Lohnkürzung von 13 % pro

Stunde ein recht gutes Geschäft. Zahlt er nun von seinem „Gehalt“ etwas an das rote Kreuz, so ist er in den Augen mancher Leute immer noch ein feiner Herr und guter Patriot. — Auch in dem Geschäft des Unternehmens „Böschung von Beierfeld bei Aue wird unter dem Tariflohn gearbeitet.

Dohum. Der Unternehmer Dora in Altenböhnum läßt an seinen Bauleitern elf Stunden arbeiten, trotzdem erst vorher zwei Maurer wegen Mangels an Arbeit des tariflichen Stundenlohnes von 33 % nur 45 %. Der Unternehmer gehört dem Bunde nicht an.

Müllengrund. Der Baunternehmer Richard Geine in Müllengrund führt dort den Neubau des abgebrannten Hofhofes „Zur Grafenburg“ aus. Er tätigte den tariflichen Lohn um 12 % ab und zahlt seit 45 % nur 30 % für Maurer. Die Hilfsarbeiter müssen für 35 % arbeiten.

Wirma. Der Baumeister H. Klemm aus Stolpen ist einer der Unternehmer, die ständig mit dem Tarifvertrag auf dem Kriegsfuß stehen. Schon kurz nach dem Ausbruch des Krieges hat er die Löhne herabgesetzt. Statt 52 % er 45 % nur 37 %. Alle Bestimmungen des Tarifvertrages, den Herr zur Tarifreue anzuhalten, scheiterten an dem Eigennutz dieses Herrn, der sich vielleicht in seinen Kreisen als Patriot erster Güte ausgiebt. Zu gelegener Zeit werden unsere Kollegen auch mit diesem Manne abrechnen.

Weserhütte. Im Vereinsgebiet Neustettin nützt der Baumeister v. Bergerg auf Lottin die allgemeine Arbeitslosigkeit aus. Wähler stellte dem Bauvertragsausschuß die Maurer und Hilfsarbeiter zu den vertraglichen Bedingungen. Herr v. Bergerg, dessen Name unter sehr vielen Auflagen zur Wohlthätigkeit steht, bietet den Maurern einen Tagelohn von 1,50 statt bisher 1,20. — In Stettin bietet die Firma G. Klein die Gelegenheit, um den Bauern unter wichtigen Umständen erhebliche Beträge einzubringen beziehungsweise den Nachschuß nach Wunsch zu verteilen. Die Einberufung einer Sitzung der Schlichtungskommission wird verweigert.

Baumunternehmer G. Wandt aus Neumarkt (Kreis Verich) behält einem zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen, der seine Eltern zu unterstützen hat, 1,50 Lohn ein. Ein anderer Kollege, der 1,20 an Lohn zu fordern hatte, wurde mit der Peitsche und mit Stößen von der Brust vom Grundblid gejagt. Wir rechnen darauf, daß mit Hilfe der Wohlthäter diesem Herrn das Handwerk gelegt wird. — Baunternehmer Wolf Wolff in Schwelmünde hat die Neubauten des Imprägnierwerkes Schwelmünde für die Arbeiter des Hüttenwerkes, Berlin, auszuführen und Material zu liefern. Nach Ausbruch des Krieges verweigerte sich die Materiallieferung. Die Werte konnten zunächst eine halbe Abgabe, der Direktor der Hüttenwerke soll dem Unternehmer den Rest gegeben haben, die Löhne der Maurer und Arbeiter zu kürzen. Ab. Wolff war diesem Male zugänglich. Er ließ trotz bestehenden Vertrages den Maurern eine Lohnkürzung um 25 %, den Arbeitern eine solche um 25 % pro Stunde mit dem Bemerkten anfügen: „Wer das nicht will, der bruchet am Montag nicht wiederzukommen.“ Montag, den 21. September, rühte deshalb die Arbeit. In einer am selben Tage stattgefundenen Verhandlung erklärte sich Ab. Wolff bereit, den vertraglichen Lohn weiterzugeben. Am andern Tage wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Zu der Lohnerhöhung am 1. Oktober

hat das Kartell der Arbeitgeberverbände in den Bauerverbänden Groß-Berlins an die dem Kartell angeschlossenen Verbände ein Rundschreiben verfaßt, in dem es heißt: „In verdienstlichen Willensverbänden unseres Kartells treten am 1. Oktober 1914 nach den Bestimmungen der Tarifverträge Lohnkürzungen ein. Eine heute an das Kartell gerichtete Anfrage gibt uns Veranlassung zu dem eigentlich selbstverständlichen Hinweis, daß der Krieg auf die Erfüllung der Tarifverträge keinerlei Einfluß hat. Wie jeder andere Vertrag auch die Tarifverträge genau nach dem Buchstaben zu verstehen sind. Die Arbeitgeberverbände müssen unbedingt durchgeführt werden. Wir bitten diejenigen Verbände, welche am 1. Oktober er. oder überhaupt während der Kriegszeit Lohnkürzungen vorzunehmen haben, ihre Mitglieder in geeigneter Weise auf die Lohnerhöhung ausdrücklich aufmerksam zu machen und ihnen zu erklären, daß die Lohnerhöhung gemäß den Tarifverträgen auch in der Kriegszeit unverzüglich durchzuführen ist.“

Die Einwanderung von Bauarbeitern nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die Vereinigten Staaten sind alljährlich das Ziel großer Einwandererfahrten; aber nur eine verhältnismäßig geringe Minderheit aller zureichenden Fremden wird gewerbliche Arbeiter. 1913 zum Beispiel waren es 192 978 unter insgesamt 1 437 227 zugewanderten Fremden, 1912 167 287 unter 1 017 156, 1911 177 676 unter 1 009 900 usw. Statistiker vertreten sind unter den Zugewanderten die landwirtschaftlichen Arbeiter und Personen, die Lohnarbeit wechselnder Art verrichten. Größtenteils umfangreich ist ferner die Einwanderung von häuslichen Dienstmägden.

Der Umfang der Einwanderung von Bauarbeitern nach den Vereinigten Staaten kann nicht genau angegeben werden, weil in der amtlichen amerikanischen Statistik nur vier Gruppen gelernter Bauarbeiter besonders aufgeführt sind, nämlich Maurer, Stuckateure, Zimmerer, Maler und Glaser. Zugereist sind Angehörige dieser Berufs: 1911 97 388, 1912 22 506 und 1913 32 567; abgereist sind dagegen 1911 85 595, 1912 10 006 und 1913 9922. Der Einwanderer 1913 29 645, in allen drei Jahren zusammen 53 998. Wenn man bedenkt, daß dazu noch unzählige ungelernete Bauarbeiter sowie sicher nicht wenige Bauhilfsarbeiter kommen, so muß man zugeben, daß der Zugang von Bauarbeitern aus dem Auslande sehr erheblich ist. Allerdings kommt in Be-

tracht, daß der wirtschaftliche Fortschritt und speziell auch die Entwicklung der Bauindustrie in den Vereinigten Staaten nach vor sich geht. Ob der Zugang auswärtiger Arbeiter dem durch die wirtschaftliche Entwicklung hervorgerufenen Bedarf entspricht, oder ob dieser Zugang über den Bedarf hinausgeht, läßt sich wegen des Mangels einer aus längster Zeit stammenden zuverlässigen Statistik der amerikanischen Bauindustrie nicht feststellen.

Wie sich die in den Jahren 1911 bis 1913 nach den Vereinigten Staaten zugewanderten Bauarbeiter nach Berufsarten verteilen, wird in der folgenden Tabelle veranschaulicht:

Berufe	1911	1912	1913
Maurer	6908	5895	9108
Stuckateure	660	553	682
Zimmerer	15522	13591	18124
Maler und Glaser	4298	8467	4653
Zusammen	27888	23506	32567

Die Zimmerer sind in allen Zonen weitaus in der Mehrzahl. Es finden in Amerika auch erhebliche Mehr Zimmerer Beschäftigung als Angehörige eines anderen Bauberufs. Zurückzuführen ist das auf die große Ausdehnung des Holzbaues auf dem Lande und in vielen Städten. Nach der Berufszählung von 1900 gab es 576 660 Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, 159 557 Maurer, 269 247 Maler, Anstreicher, Glaser und Dekorateur, 24 071 Stuckateure usw.; die Ergebnisse der Berufszählung von 1910 sind noch nicht veröffentlicht. — In der nächsten Tabelle ist die Berufszählung der von 1911 bis 1913 an den Vereinigten Staaten abgereisten Bauarbeiter angegeben:

Berufe	1911	1912	1913
Maurer	2109	2813	2389
Stuckateure	371	403	419
Zimmerer	4993	5989	5761
Maler und Glaser	1052	1321	1243
Zusammen	8535	1006	9922

Bei der Abreise geben an, daß sie die Vereinigten Staaten dauernd verlassen wollen: 1911 8079, 1912 3385 und 1913 2996 Bauarbeiter.

Die Nationalität wird in der amerikanischen Statistik nur hinsichtlich jener zugewanderten Fremden veranschaulicht, die mit der Absicht kamen, sich dauernd in Lande der unbegrenzten Möglichkeiten niederzulassen; sie geben als die eigentlichen Einwanderer an. Von den zu dauernder Niederlassung zugewanderten Maurern waren:

Deutsche	1911	1912	1913
Briten und Irländer	471	350	513
Italiener	1069	728	820
Polen	2678	2190	4284
Andere Slawen	208	165	411
Skandinavier	385	264	382
Andere	293	176	224
Zusammen	779	683	803

Am häufigsten vertreten waren unter den eingewanderten Maurern die Italiener; sie bildeten 1911 45 pSt., 1912 48 pSt. und 1913 57 pSt. aller zu dauernder Niederlassung zugewanderten Angehörigen dieses Berufes. Dagegen sind unter den eingewanderten Stuckateuren die Briten und Irländer in der Mehrheit, was die folgende Tabelle zeigt:

Briten und Irländer	1911	1912	1913
Deutsche	376	243	286
Italiener	11	11	21
Polen	8	4	4
Skandinavier	7	5	14
Holländer	7	10	18
Italiener	14	21	50
Andere	81	25	25
Zusammen	454	319	418

Unter den Zimmerern, die zu dauerndem Aufenthalt nach den Vereinigten Staaten wanderten, waren 1911 bis 1913 die Juden — die amerikanische Statistik als besondere Nation behandelt — verhältnismäßig am zahlreichsten; ihre Zahl betrug 1911 2684, 1912 2042 und 1913 2971; britischer und irischer Nationalität waren 1911 2593, 1912 1852 und 1913 1056 und 1913 1056. Insgesamt wanderten mit der Absicht zu dauernder Niederlassung ein: 1911 13 172, 1912 11 084 und 1913 15 035 Zimmerer. Von den einwandernden Malern usw. sind ebenfalls auffällig viele Juden; 1913 zum Beispiel waren es 1423 von insgesamt 3885 Angehörigen dieser Berufsart; dazu kamen noch 777 Briten und Irländer, 866 Deutsche, 365 Skandinavier, 236 Slawen, 218 Italiener, 140 Holländer und Stämmen usw. Wichtig gestaltet sich die nationale Gliederung der zu dauernder Niederlassung eingewanderten Maler und Glaser in den Vorjahren. — Nach dem Beispiel in Verbindung mit der Staatsangehörigkeit wird die Einwanderung in der amtlichen Statistik nicht dargestellt. Es läßt sich deshalb auch nicht sagen, wie viele von den eingewanderten Bauarbeitern aus dem Deutschen Reich stammten; die vorstehend angegebenen Zahlen verdeutlichen sich auf das ganze deutsche Sprachgebiet.

Wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Erfordernisse wurden 1913 25 517 zugewandene Fremde zurückgewiesen oder nach bereits erfolgter Landung deportiert; 1912 betrug die Zahl dieser „unerwünschten“ Fremden 19 529 und 1911 25 500. Anknüpfend werden die Juristen und Ausweisungen Fremder wohl bedeutend zunehmen, weil eine „Bildungsprüfung“ der Einwanderer eingeführt werden soll, hauptsächlich, um Alphabeten auszuwählen; dabei ist es von Interesse zu bemerken, daß unter den im Jahre 1913 zugewanderten Fremden nicht weniger als 300 108 Analphabeten waren. F.

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Juli 1914.

Table with columns: Landesteile, Zahl der Meldungen, Mitglieder am Schluß des letzten Quartals, and Arbeitslose sind. Rows include Ostpreußen, Westpreußen und Posen, Hannover, Schlesien, etc.

Table with columns: Landesteile, Arbeit erhalten, Um letzten Bericht des Monats waren, Arbeitslos im laufenden Monat waren, Es waren vorher ununterbrochen arbeitslos, and Arbeitslosentage. Rows include Ostpreußen, Westpreußen und Posen, Hannover, Schlesien, etc.

299 Zweigvereine zählte der Verband Ende Juli. Von diesen haben 265 Vereine brauchbare Berichte geliefert. Das sind 95 Vereine weniger als im Juni. Bedeutend man, wie sehr die Arbeit der Zweigvereinsverwaltungen durch die Kriegswirtschaftsnot gefördert war und in den Grenzgebieten noch gefördert sind, so darf die Teilnahme der Zweigvereine im Vergleich mit den vorausgegangenen Monaten gut genannt werden, so bedauerlich es auch ist, daß sogar große städtische Vereine wie Magdeburg und München nicht dabei sind. Nachen und Straßburg fehlen gleichfalls, Stuttgart lieferte nur einen unvollständigen Bericht. Die sich in ihrer mehr oder weniger unmittelbaren Nähe abspielenden kriegerischen Ereignisse scheinen das kaum anders erwarten. Ebenso ist es bei einer ganzen Reihe diesmal fehlender kleinerer Vereine. Die Erklärung war im Anfang August, als die Zutrittsberichte einlaufen sollten, besonders stark. Wie sich die politische Mobilisierung alles aus den gewünschten Bahnen. So haben an der Aufzählung für das Reichsdurchschnittsamt, die bis zum 4. des Monats eingeleitet werden soll, obwohl wir noch einige Tage warten, ehe wir das Ergebnis zusammenstellen, nur 204 Zweigvereine teilgenommen. Wir dürfen uns also freuen, daß die Verwaltungen unserer Zweigvereine ihre Tätigkeit nach und nach wieder voll aufnehmen. Man darf hoffen, daß sich dies trotz aller Schwierigkeiten weiter bessern wird. Das vorliegende Ergebnis unterseheidet sich von den früheren dadurch, daß alle durch Straftat und Erwerbslosigkeit verursachte Arbeitslosigkeit ausgeschlossen ist. In den Zahlen der arbeitslosen Mitglieder wie auch der Arbeitslosentage soll diese Statistik fortan nur die reine, durch fehlende Arbeitsmöglichkeit hervorgerufene Arbeitslosigkeit erfassen. Die Statistik der Straftat ist auch wichtig, und es wird ihr auch ihre Recht an der Hand des Materials unserer Krankenunterstützung werden. Für die Beurteilung der Arbeitslosenstatistik jedoch ist sie im Rahmen unserer Arbeitslosenstatistik weniger von Belang. Vor allem wird die reine Arbeitslosenstatistik den Zweigvereinsverwaltungen die monatlichen Berichte erleichtern; die Berichte selbst werden eine heftigere werden. Namentlich aber muß das dazu beitragen, den Kreis der regelmäßig und pünktlich berichtenden Vereine zu vergrößern. Dies ist möglich und auch notwendig; denn rund 400 Vereine standen bisher noch abseits. Entsprechend eingeleitetes Material nebst Anweisung haben die Zweigvereinsverwaltungen erhalten. Die 565 für Juli berichtenden Zweigvereine hatten 230 145 Mitglieder. Davon meldeten sich im Laufe des Monats 8619 = 3,7 pZt. arbeitslos. Im Juni waren infolge Arbeitsmangels 4,8 pZt. arbeitslos gemeldet. Im letzten Viertel waren 2429 = 1,1 pZt. der arbeitslosen Mitglieder arbeitslos, im Juni 1,5 pZt. Die Arbeitslosigkeit ist also gegen Juni zurückgegangen. Bedeutend man die am letzten Viertel des Monats in Berlin (6,7 pZt.) und in Stuttgart (8,7 pZt.) festgestellte Arbeitslosigkeit dazu (in der Tabelle waren ihre Angaben leider nicht verwendbar), so

liegt der Satz der am letzten Viertel vorhandenen gemeldeten Arbeitslosen auf 3343 = 1,4 pZt. von 246 287 beteiligten Mitgliedern. Von den 109 921 Mitgliedern der 204 Zweigvereine, die für Juli Berichte für das Reichsdurchschnittsamt lieferten, waren am letzten Arbeitslosentage der letzten Woche des Monats 1186 Mitglieder = 1,2 pZt. arbeitslos. 1802 = 20,9 pZt. der 8619 arbeitslos gemeldeten Mitglieder feierten schon vor dem 1. Juli, und zwar 254 Mitglieder länger als 24 Tage, 176 Mitglieder 19 bis 24 Tage, 283 Mitglieder 18 bis 18 Tage, 452 Mitglieder 7 bis 18 Tage und 687 Mitglieder weniger als 7 Tage. Die größte Arbeitslosigkeit hatte wieder Schleswig-Holstein-Hamburg mit 12,9 pZt. insgesamt und am letzten Viertel 2,3 pZt. In Hamburg selbst betrug die gesamte Arbeitslosigkeit 19,2 pZt., am letzten Viertel 4,5 pZt. Dazu kamen noch 1847 sonst aus der Kontrolle getretene Mitglieder. Nicht von einem einzigen Arbeitslosen ist bekannt geworden, ob er Arbeitslosigkeit gefunden hat. Die nächsthöhere Arbeitslosigkeit hatte Bayern (8,6 pZt. insgesamt, 3,6 pZt. am letzten Viertel). Am letzten Viertel war die Arbeitslosigkeit in Bayern sogar noch etwas größer als in Schleswig-Holstein. Leider fehlt München. Nach früheren Berichten ist anzunehmen, daß die Arbeitslosigkeit auch hier noch höher wäre, wenn München berichtet hätte. Recht niedrige Arbeitslosenziffern zeigen Baden (0,7 und 0,2 pZt.), Westfalen (1,4 und 0,1 pZt.) Ost- und Westpreußen (1,8 und 0,4 pZt.), Mecklenburg (2,1 und 0,6 pZt.), Hannover (2,3 und 1,1 pZt.). In den übrigen Landesteilen hat die Arbeitslosigkeit nur wenig über oder unter dem Reichsdurchschnitt. Von den insgesamt gemeldeten 78 418 Arbeitslosentagen entfallen durchschnittlich auf ein arbeitslos gemeldetes Mitglied 9,1 Tage; im Juni war ein Arbeitsloser durchschnittlich 9,9 Tage arbeitslos. Nach der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit sehen Baden und Württemberg (12,6 Tage) am höchsten. Es folgen Ostpreußen (12,3 Tage), Bayern (11,4 Tage), Westpreußen (11,1 Tage) und Hannover (9,8 Tage); dann unter dem Reichsdurchschnitt Mecklenburg (9,5 Tage); dann unter dem Reichsdurchschnitt Mecklenburg (8,9 Tage), Schlesien (8,6 Tage), Westfalen (8,5 Tage) und Schleswig-Holstein (8,6 Tage), Königreich Sachsen (8,0 Tage), Schlesien (7,5 Tage), Ost- und Westpreußen, Posen (7,4 Tage), Mecklenburg (6,8 Tage). Im Juli feierten 549 Arbeitslose länger als 24 Tage, 476 Arbeitslose 19 bis 24 Tage, 1048 Arbeitslose 13 bis 18 Tage, 2043 Arbeitslose 7 bis 12 Tage und 4604 Arbeitslose weniger als 7 Tage. Nach Berufen waren arbeitslos von 184 681 Maurern 4276 = 2,3 pZt., von 78 642 Hilfsarbeitern 3466 = 4,7 pZt., von 516 Betonarbeitern 177 = 3,4 pZt., von 6718 Statutenarbeitern 416 = 6,2 pZt., von 1701 Pfeilerarbeitern 194 = 11,4 pZt., von 229 Zifferarbeitern 44 = 19,2 pZt., von 7499 Erdbauarbeitern 116 = 1,6 pZt., Pfeilerarbeitern und Statutenarbeitern demnach am höchsten von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihnen folgen Hilfsarbeiter und Zifferarbeiter; bei beiden war die Arbeitslosigkeit ziemlich gleich hoch. Maurer und Betonarbeiter standen

eben unter dem Reichsdurchschnitt; Erdbauarbeiter hatten am wenigsten Arbeitslose. — Im Zweigverein Berlin meldeten sich in der Zeit vom 29. Juni bis 1. August in der ersten Woche 1008, in der zweiten Woche 887, in der dritten Woche 818, in der vierten Woche 772 und in der fünften Woche 788 Arbeitslose, im Monatsdurchschnitt also 1070 Arbeitslose; das sind 6,7 pZt. der Berliner Mitgliedschaft.

Reine verkürzte Arbeitszeit

Wollten, wie wir in Nr. 39 des „Grundstein“ mitteilten, die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes in der Zeit vom 29. Juni bis 1. August in der ersten Woche 1008, in der zweiten Woche 887, in der dritten Woche 818, in der vierten Woche 772 und in der fünften Woche 788 Arbeitslose, im Monatsdurchschnitt also 1070 Arbeitslose; das sind 6,7 pZt. der Berliner Mitgliedschaft.

Unser Verband kein politischer Verein.

Als unser Zweigverein Deutsch-Wasselnitz in diesem Sommer ein Vergütungsveranstalten wollte, verweigerte die Polizeibehörde die Genehmigung, weil es sich um ein „öffentliches“ Vergütungsveranstalten handelte. Als darauf ein geschlossenes Vereinsabermitteln angemeldet wurde, erhielt unser Zweigverein eine Verfügung des Amtsvorstandes, wonach unser Zweigverein gar kein Verein sein sollte, während der „Maurerverband“ (gemeint war der Deutsche Bauarbeiterverband, Sitz Hamburg) zweifellos ein politischer Verein sei. Der erste Teil der polizeilichen Verfügung hatte folgenden Wortlaut: „Deutsch-Wasselnitz, den 23. Juni 1914. Es ist bisher der Polizeibehörde nicht angezeigt und nicht nachgewiesen worden, daß hierorts ein Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes besteht, welche Personen der Vorstand bilden und welche Personen ihm als Mitglieder angehören. Sie geben in



